

Aus dem Plenarprotokoll der 29. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin am 21. März 2013

(Präsident Wieland)

Ich rufe auf

lfd. Nr. 16:

Offene, freie und zukunftsorientierte IT-Strategie mit Open-Source-Software (OSS) für das Land Berlin

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/0853

Für die Beratung steht den Fraktionen jeweils eine Redezeit von bis zu fünf Minuten zur Verfügung. Es beginnen die Grünen mit Herrn Kollegen Birk. – Bitte schön!

Thomas Birk (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine moderne Verwaltung braucht eine moderne IT-Strategie, die den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft eine optimale Kommunikation mit den Behörden garantiert, dabei effektiv, kostengünstig, sicher und unabhängig ist. Darum verfolgen wir das langfristige Ziel, eine Umstellung auf freie Open-Source-Software für die Verwaltung durchzuführen.

[Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN und den PIRATEN]

Meine Damen und Herren von der SPD! Hier hätten Sie eigentlich mitkatschen können, denn ich habe eben Ihren Landesparteitagsbeschluss vom 27. Oktober 2012 zitiert.

[Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN und den PIRATEN]

Ich habe nur „SPD Berlin“ durch das Wörtchen „wir“ ersetzt. Weiter heißt es in Ihrem Parteitagsbeschluss:

Die Interoperabilität ist gerade bei dezentralem IT-Betrieb von erheblicher Bedeutung. Auch dies unterstreicht die Notwendigkeit offener Standards und die Vorteile von Open-Source-Lösungen.

Wie recht Sie damit haben!

Auch die CDU hat, als sie noch in der Opposition war, mit uns zusammen für das Ziel mehr Open Source gekämpft. 2008 brachte sie einen Antrag ein, wonach der Senat die Möglichkeit einer schrittweisen Umstellung auf Open-Source-Software prüfen und mit einem konkreten Zeit- und Kostenplan unterlegen sollte. Nun ist der Autor dieser Zeilen der zuständige Staatssekretär. Hat er diese Prüfung vorgenommen? – Pustekuchen! So wird das nichts mit der im Koalitionsvertrag angekündigten ganzheitlichen IT-Strategie, liebe Damen und Herren von der Koalition!

Wir haben die Hoffnung nicht aufgegeben, dass sich vernünftige Parteitagsbeschlüsse und Anträge von einst doch noch in diesem Haus und im Senat durchsetzen werden, und deswegen einen erneuten Vorstoß mit dem heutigen Antrag für mehr Open Source als Kernziel einer zukunftsfähigen IT-Strategie und Netzpolitik vorgelegt.

Seit Jahren beklagt der Senat selbst die Heterogenität der Berliner IT-Landschaft. Die Vielfalt der Softwaresysteme zwischen den Verwaltungen und einzelnen IT-Fachverfahren verhindert die Interoperabilität für eine reibungslose Zusammenarbeit innerhalb und zwischen den Behörden. Dies wirkt sich in der Praxis wie das biblische Stimmengewirr beim Turmbau zu Babel aus – wenn ich als Atheist einmal ein biblisches Zitat benutzen darf – wobei die marktführenden Softwareanbieter mit ihren verschlüsselten Quellcodes auch noch die notwendigen Wörterbücher für die Übersetzung der verschiedenen Computersprachen verweigern. Schlimmer noch! Alle paar Jahre wird die Geheimsprache der jeweiligen Anbieter gebührenpflichtig variiert. Wer da nicht zahlt, kann nicht einmal mehr die eigene Sprache verstehen.

Diese Firmenstrategie verhindert den Aufbau einer gut funktionierenden digitalen Kommunikationsstruktur der Behörden untereinander und zwischen Behörden und den Bürgerinnen und Bürgern. Und sie verschlingt unnötig öffentliche Gelder. Allein um Schnittstellen zwischen proprietären Systemen schaffen, hat Berlin Millionen verbrannt, häufig ohne den gewünschten Nutzen. Das wollen wir ändern.

[Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN und den PIRATEN]

Den Ausweg aus diesem Teufelskreis bietet Open-Source-Software mit unverschlüsselten, offenen Quellcodes. Eine Open-Source-Lizenz ist gebührenfrei und produktneutral. Open-Source-Software kann somit benutzerorientiert weiterentwickelt werden. Das heißt, Berlin hätte es selbst in der Hand, wohin strategisch die Reise geht, und nicht ein Multikonzern, und da wollen wir hin!

[Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN und den PIRATEN]

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat bereits 2007 einen Stufenplan zur Umstellung der Berliner IT-Landschaft auf Open-Source-Software vorgestellt. Dieser wurde 2008 bei einer Anhörung von allen Experten als richtiger Weg gelobt. Der neue Antrag aktualisiert und erweitert diese Vorschläge. Unser Ziel: Bis 2018 sollen im Rahmen eines stufenweisen IT-Investitionsprogramms 25 Prozent der bis dahin standardisierten IT-Arbeitsplätze auf Open-Source-Software umgestellt werden. Dabei wollen wir auch die Bezirke und zivilgesellschaftliche Akteure einbinden.

Präsident Ralf Wieland:

Einen kleinen Moment, Herr Birk! – Herr Delius und Herr Schneider! Wenn Sie sich über Computer oder Software unterhalten wollen, machen Sie das bitte draußen! Was Sie machen, stört den Redner hier.

Thomas Birk (GRÜNE):

Wir reden hier nur über SPD-Parteitagsbeschlüsse. Das steht alles in Ihrem wunderbaren Antrag, den Sie nach langer Diskussion in der Partei beschlossen haben, aber Sie setzen es nicht um.

Präsident Ralf Wieland:

Wir beschließen immer gute Anträge. Aber fahren Sie fort!

[Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den GRÜNEN]

Thomas Birk (GRÜNE):

Aber es kommt auf das Umsetzen an! – Die ansässige Wissenschafts- und Forschungslandschaft und die prosperierende Softwarebranche bieten die besten Voraussetzungen dafür, uns zu unterstützen. Sie stehen in den Startlöchern. Deswegen sollten wir endlich loslegen!

Der Zeitpunkt der Einbringung des Antrags jetzt ist bewusst gewählt. Der Support für Windows XP läuft im April 2014 aus, und viele Verwaltungen stehen vor der Frage: Relaunch mit Microsoft oder Wechsel zu Open-Source-Software? – Deswegen muss sich Berlin jetzt entscheiden, diesen Weg zu gehen. Deswegen: Fassen Sie Mut, folgen Sie Ihren Parteitagsbeschlüssen und früheren Anträgen und unterstützen Sie unseren Antrag!

[Beifall bei den GRÜNEN und den PIRATEN – vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Für die SPD-Fraktion der Kollege Kohlmeier.

Sven Kohlmeier (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! – Herr Präsident! Nach Ihrem Zwischenruf bin ich zugegebenermaßen etwas unsicher geworden. Sie sagen, alle SPD-Parteitagsbeschlüsse seien hervorragend. – Lieber Kollege Birk! Der Antrag, den Sie hier vorgelegt haben, ist keine Erweiterung dessen, was Sie schon ein mal gefordert haben, sondern ist ein Antrag, den die Grünen 2008 wortgleich schon einmal eingebracht haben. Bis auf die Punkte 5, 7 und 10 sind alle Punkte fast wortgleich im selben Antrag enthalten. Das ist also keine Verbesserung und Erweiterung, weil der SPD-Parteitag irgendetwas beschlossen hat, sondern weil man einfach den eigenen Antrag abgeschrieben hat.

Ich möchte gleichwohl versuchen, mich mit dem Antrag inhaltlich auseinanderzusetzen. Der Unterschied zwischen dem alten und dem jetzigen Antrag ist, dass im Punkt 10 des alten Antrags der Einsatz von proprietärer Software nicht kategorisch ausgeschlossen wurde, was eine erhebliche Verbesserung des neuen, jetzt vorliegenden Antrags ist.

Generell muss man zu dem Antrag, den Sie vorlegen, sagen, dass man möglicherweise erst einmal das Gutachten abwarten sollte, das Sie hier fordern. Solange das Gutachten nämlich nicht vorliegt, sind die Punkte 10 und folgende nicht ausführbar. Und wenn auf der Basis dieses Gutachtens ein Maßnahmenkatalog erarbeitet werden soll – wieso werden im Antrag schon die Maßnahmen des Maßnahmenkatalogs gefordert?

Zum Punkt 12 kann ich Ihnen mit auf den Weg geben, dass wir uns das vielleicht noch einmal intensiver anschauen sollten, weil er nämlich gefährlich werden könnte, wenn es um sicherheitsrelevante Bereiche geht.

Im Punkt 13 des neuen Antrags wurde der einschränkende Satz zur Umstellung eines Dateiformats auf eine offenes bei unverhältnismäßigen Kosten für das Land Berlin herausgestrichen. Auch haben Sie im Punkt 8 eine kleine Änderung vorgenommen.

Ich möchte jetzt nicht darauf eingehen, dass es höchstwahrscheinlich auch noch technisch falsch ist, von verschlüsselten Quellcodes zu reden. Richtig wäre wohl, sie als in maschinenabhängige Binärcodes übersetzte Quellcodes zu bezeichnen. Aber „verschlüsselte Quellcodes“ ist jedenfalls ein falscher Terminus technicus.

Präsident Ralf Wieland:

Herr Kollege! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Delius?

Sven Kohlmeier (SPD):

Selbstverständlich, gerne!

Martin Delius (PIRATEN):

Herr Kohlmeier! Ich finde es ja sehr interessant, die Genese des Grünen-Antrags von Ihnen vorgelesen zu bekommen. Aber: Sind Sie jetzt für oder gegen die Einführung von Open-Source-Software in der Berliner Verwaltung?
[Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

Sven Kohlmeier (SPD):

Die Frage, ob ich für oder gegen den Einsatz bin, ist unabhängig von dem vorliegenden Antrag zu betrachten. Das steht

zumindest in dem Antrag nicht drin, lieber Kollege Delius!

[Alexander Morlang (PIRATEN): Ausflüchte! Wissen Sie eigentlich, was Sie wollen?]

Selbstverständlich, lieber Kollege, weiß ich, was ich will. Ich will mich aber jetzt nicht weiter mit Ihnen auseinandersetzen, Herr Morlang!

[Stefan Gelbhaar (GRÜNE): Verlassen Sie doch das Parlament!]

Der Antrag dient doch bloß einem Ziel: Die Kollegen von den Grünen haben vor 14 Tagen ein großartiges Pressegespräch mit dem Thema „Zukunftsorientierte IT-Strategie für das Land Berlin mit Open-Source-Software“ gemacht. Dort kündigte der Kollege Birk als ihr zuständiger Abgeordneter an: Mit einem konzeptionellen Antrag wird die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen praktikablen Weg der Umstellung der Verwaltung auf Open-Source-Software vorschlagen. Das haben Sie dann offensichtlich gemacht. Nachdem es 2008 schon nicht gefunkt hat, wird es möglicherweise auch in dieser Legislaturperiode nichts werden mit dem, was Sie hier vorgeschlagen haben, mit dem Kompetenzzentrum. Das Kompetenzzentrum, das Sie hier fordern, ist ein reines Etikett.

Deshalb freue ich mich auf die Ausschussberatungen und darf dann nochmals in die Unterlagen schauen, welches Schicksal dem Antrag von vor fünf Jahren zuteil wurde. Dort ist der Antrag abgelehnt worden, sowohl in dem zuständigen Ausschuss Verwaltungsreform, Kommunikation und Informationstechnologie als auch im Hauptausschuss. Ich wage, die Prognose aufzustellen, dass das gleiche Schicksal dem Antrag auch in dieser Legislaturperiode drohen wird, wenn nicht substantielle Verbesserungen kommen. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der SPD – Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Präsident Ralf Wieland:

Für eine Kurzintervention hat der Kollege Birk das Wort.

Thomas Birk (GRÜNE):

Ich habe beide Anträge dabei, weil ich mir schon so et-was gedacht habe.

Herr Kohlmeier! Der Ursprungsantrag von uns umfasste zehn Punkte. Der neue Antrag umfasst 22 Punkte.

[Oh! von der SPD]

Die will ich jetzt nicht alle vorlesen, aber es kann wohl nicht sein, dass nur drei neue Aspekte dabei sind. Das werden Sie mir wohl glauben.

Aber ich möchte noch mal auf eine Lächerlichkeit hinweisen. Sie sagen hier: Ausgerechnet im Sicherheitsbereich haben Sie Bedenken bezüglich Open-Source-Software. Es ist die Verwaltung, die uns immer stolz darauf hinweist, dass sie gerade im Sicherheitsbereich Open-Source-Software benutzt, weil es da natürlich standardmäßig heute schon häufig der Fall ist. Deswegen verweisen Sie in Ihrem eigenen Parteitagbeschluss auch darauf: Auch unter Sicherheitsaspekten sind Open-Source-Produkte, die auf vielfach geprüften offenem Quelltext basieren, den proprietären mitunter überlegen. – Ja, Ihre Partei ist einfach immer klüger als Sie hier in der Abgeordnetenhausfraktion!

[Beifall bei den GRÜNEN – Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Wir fragen uns: Wann wird endlich mal das, was in diesem wirklich klugen Antrag steht, umgesetzt? Ich kann Ihnen da wirklich nur ein Kompliment machen. Da steht auch ganz viel zur Medienbildung drin, was wir gern umgesetzt hätten – Runder Tisch für Medienbildung; wurde gerade vom Staatssekretär Rackles abgelehnt.

[Beifall von Martin Delius (PIRATEN)]

Das ist alles hier drin. Sollen Sie alles machen. Aber dann machen Sie es auch! Vor allem, wo die CDU in Oppositionszeiten auch dafür war, verstehen wir jetzt nicht, warum wir nicht einen Allparteienkonsens hinkriegen,

[Beifall von Andreas Baum (PIRATEN)]

den wir übrigens schon mal hatten. 2004 hat schon mal das Abgeordnetenhaus beschlossen, wir sollen auf Open-Source-Software wechseln. Wer hat es verhindert? – Nur die SPD. Es lag nicht an der Linken. Da war ich Zeuge.

[Beifall bei den GRÜNEN – Vereinzelter Beifall bei der LINKEN und den PIRATEN]